Albert Statz

Verbesserung der Politikintegration und Instrumente zur größeren Wirksamkeit – Impuls aus der politischen Praxis.

Thesen zum Fachgespräch des Rates für Nachhaltige Entwicklung: „Governance – Wie lässt sich die Verbindlichkeit und die Wirksamkeit von Nachhaltigkeitsstrategien verbessern?“ am 9. April 2008 in Berlin*

Die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie (NHS) hat in der Vergangenheit zu einem wachsenden Bewusstsein über die globalen Probleme von Umwelt und Entwicklung und die Herausforderungen für eine zukunftsfähige Politik beigetragen. Durch ihre institutionelle Verankerung ist eine Umorientierung der Politik in die Wege geleitet worden, die – wenn auch keineswegs hinreichend – erste Erfolge zeigt: in einer veränderten Politik in wichtigen Politikfeldern und in den politischen Institutionen und Verfahren.

Für die bestehenden Formen der „Governance“ in Deutschland stellt die Nachhaltigkeitsstrategie eine echte Herausforderung dar, da sie um erfolgreich zu sein grundlegende Innovationen in den Strukturen und Verfahren des Politikmachens erfordert. In einem nicht zu unterschätzenden – aber von außen oft nicht wahrgenommenen - Ausmaß hat die NHS hier bereits Veränderungen bewirkt, die Anknüpfungspunkte für weitere Innovationen bieten können. Sie sind eine notwendige, aber keineswegs bereits hinreichende Bedingung für den „Erfolg“ der NHS. Dieser bemisst sich natürlich an der Umkehr von nicht-nachhaltigen Entwicklungen und an der Lösung der realen Probleme. Für die Glaubwürdigkeit einer Politik der Nachhaltigkeit, für die demokratische Partizipation an der Entwicklung und Überprüfung der Strategie und für ihre gesellschaftliche Umsetzung sind die Formen des Politikmachens jedoch von großer Bedeutung.

* Es versteht sich von selbst, dass ich hier nur meine persönliche Meinung wiedergebe. Die Erörterungen konzentrieren sich auf das staatliche Handeln auf Bundesebene. Ich beziehe mich dabei auf meine Erfahrungen im Nachhaltigkeitsprozess als zuständiger Referatsleiter im Bundesumweltministerium und versuche, Probleme zu benennen und Anregungen für die Weiterentwicklung der NHS zu geben - die allerdings kaum von allen Akteuren als „realistisch“ oder wünschenswert angesehen werden dürften. Insofern lässt sich der Beitrag unter das Motto eines Skeptizismus in der Analyse und eines Optimismus bei der Suche nach Problemlösungen stellen.

Die Schwierigkeiten der Strategie sind teils dem Konzept der Nachhaltigkeit immanent, teils der deutschen politischen Kultur geschuldet. Bei einer kritischen Bestandsaufnahme stellt sich deshalb eine doppelte Frage:

- Wie lassen sich die grundsätzlichen Probleme einer Nachhaltigkeitsstrategie unter den spezifischen deutschen Bedingungen lösen?
- Welchen Beitrag kann die Nachhaltigkeitsstrategie selbst dazu leisten, die Probleme zu überwinden, die aufgrund der deutschen politischen Kultur gegeben sind?

1. Mangelhafte Orientierung der Politik am Leitbild der Nachhaltigkeit

- Ein wesentliches Manko ist, dass die Bundesregierung sich das **Leitbild der Nachhaltigkeit** nur zum Teil zueigen gemacht hat. Als Querschnittsaufgabe bleibt die NHS ein politisches Postulat. Eine echte horizontale Integration steht erst am Anfang: Eine Abstimmung der Ressortpolitiken findet kaum statt und in den Fortschrittsberichten werden sie formal in den Zusammenhang der NHS gestellt, ohne sich selbst als Politik der Nachhaltigkeit zu begreifen.

  - Wenn das wesentliche Element der NHS die Orientierung an Zukunftsfähigkeit und Gemeinwohlinteressen ist, ist es unabdingbar, dass der politische Willensbildungsprozess so organisiert ist, dass er über den Kompromiss zwischen Partikularinteressen hinaus dem Leitbild der Nachhaltigkeit Geltung verschafft.
  - Das Verständnis der Integration der drei Dimensionen ökologisch-ökonomisch-sozial in die Lösung spezifischer politischer Probleme in der NHS ist keineswegs schon handlungsleitender Konsens. In vielen Ressorts herrscht noch die Vorstellung vor, es ginge um die eher formal verstandene „gleichberechtigte Vertretung“ der drei „Säulen“. Die Synthese der Ressortstrategien zu einer kohärenten Strategie der Bundesregierung wird immer Resultat politischer Kontroversen sein. Eine lediglich „wohlwollende Ignoranz“ gegenüber der Strategie von 2002 wird sich früher oder später als Sackgasse erweisen.
  - Die Federführung durch das Kanzleramt verleiht der NHS die notwendige politische Autorität und Legitimation. Nachhaltigkeit als Querschnittsaufgabe findet in der Richtlinienkompetenz der Bundeskanzlerin ihren Ort und muss gestärkt werden. Die Formulierung von thematischen Schwerpunkten und Defiziten, die Weiterentwicklung und Umsetzung der Strategie und das Agenda-Setting insgesamt waren und sind eine zentrale Aufgabe des Kanzleramtes als politischem „Zentrum“ der NHS.
  - Die deutsche NHS erhielt wesentliche Impulse durch internationale Vorgaben (Vorbereitung Johannesburg, Umsetzung der EU-Strategie), hat sich dabei jedoch eher reaktiv verhalten. Die europäische Dimension der NHS wurde

über den EU-Bezug bei Einzelfragen in der deutschen Strategie hinaus weitgehend ignoriert.

- Der Rat für Nachhaltige Entwicklung hat – in enger Kooperation mit der Bundesregierung - durch seine Rolle insgesamt und durch konkrete Vorschläge wesentlich dazu beigetragen, einige Defizite in der Entwicklung der NHS zu überwinden. Ihm kommt bei der Weiterentwicklung der NHS eine Schlüsselrolle zu.
- Eine ähnliche positive Rolle hat der Parlamentarische Beirat für Nachhaltige Entwicklung des Deutschen Bundestages gespielt. Eine klarere Bestimmung seiner Rolle im Geflecht des Deutschen Bundestages und nach außen ist jedoch notwendig, um größeren politischen Einfluss zu gewinnen.

- Um Nachhaltigkeitspolitik glaubwürdig zu vertreten und um das Leitbild in der Öffentlichkeit breit zu kommunizieren, muss die Bundesregierung selbst exemplarische Projekte ihrer eigenen „**Nachhaltigkeitsperformance**“ durchführen.

  - Diese „Aneignung“ der NHS durch die Bundesregierung geschieht bislang nur im Bereich der Dienstreisen. Die Vorbildfunktion der Bundesregierung kann insbesondere beim Thema öffentliche Beschaffung deutlich werden. Mainstreaming-Prozesse (Gender, Umweltmanagement, Generationengerechtigkeit) sind weitere mögliche Elemente.
  - Die Nachhaltigkeitsperformance ist auch ein wichtiger Hebel zur Verankerung der NHS in der konkreten Arbeit der Ressorts.

- Die **vertikale Integration** der NHS erweist sich aufgrund der widersprüchlichen und konfliktreichen Struktur des deutschen Föderalismus als außerordentlich schwierig. Die Konkurrenz zwischen Bund und Ländern und zwischen den Ländern selbst sowie die unterschiedlichen politischen Strukturen der Länder machen es – über die inhaltlichen politischen Differenzen hinaus – schwierig, effektive Kooperationsstrukturen einzurichten. Die positiven Impulse, die aus einer engeren Verbindung der verschiedenen Ebenen für alle Beteiligten erwachsen können, werden nicht hinreichend genutzt. Schließlich ist eine effektive Umsetzung von Nachhaltigkeitszielen ohne die Einbeziehung der Länder und Kommunen nicht möglich.

  - Die NHS ist eine Strategie der Bundesregierung und keine nationale Strategie. Die von der EU geforderte Berichterstattung der Mitgliedstaaten hat den Finger in die Wunde der mangelnden vertikalen Integration in Deutschland gelegt, indem sie erforderlich machte, die Ebene der Länder und Kommunen einzubeziehen. Hier liegt ein wesentliches Versäumnis in der Vergangenheit. Eine formelle Beteiligung der Länder und Kommunen an der Weiterentwicklung, vor allem auch an der Berichterstattung ist unabdingbar.
  - Das Verständnis, das der neuen EU-Strategie von 2006 zugrundeliegt, kann für die Weiterentwicklung der Strategie wichtige Anregungen liefern. Die

Analyse der „unsustainable trends“, die Orientierung an quantitativen Zielen, ihre Überprüfung durch einen umfassenden Satz von Indikatoren, die Einführung eines „impact assessment“ und die inhaltlichen Schwerpunktsetzungen können den Ansatz der deutschen NHS bestärken und innovative Impulse setzen. Der Austausch zwischen den Akteuren der Nachhaltigkeitsstrategien der Mitgliedstaaten öffnet zudem den Blick auf die deutschen Besonderheiten und kann neue Initiativen anstoßen.

- Die Impulse von internationale Ebene geben der Nachhaltigkeitspolitik zwar größere Aufmerksamkeit und durch die globale Dimensionen der Probleme ein schärferes Profil. Sie sind aber bislang nicht in die Gesamtstrategie, sondern nur in die außen- und entwicklungspolitischen und in einzelne Fachthemen eingedrungen.

2. Mangelhafte institutionelle Verankerung

- Die **Federführung des Kanzleramtes** ist das zentrale Element der institutionellen Regelungen der NHS. Im Unterschied zu anderen Ländern sind in Deutschland Ressortegoismus und mangelnde Kooperationsbereitschaft innerhalb der Regierung besonders ausgeprägt. Es herrscht ein an Einzellösungen und Interessenkompromissen orientierter Pragmatismus vor, der im Gegensatz zum „strategischen“ Charakter von Nachhaltigkeitspolitik steht. Zielorientierte politische Steuerung, die komplexe und umfassende Politikgestaltung will, steht in Deutschland immer noch im Geruch von – gar sozialistischer – „Planung“. Die Richtlinienkompetenz soll dem Ressortegoismus entgegenwirken. Als Element der politischen Führung ist sie die Voraussetzung dafür, dass die NHS im politischen Prozess eine eigene Identität jenseits des üblichen Interessenausgleichs zwischen den Ressorts besitzen kann.

  - Die Bundeskanzlerin hat sich im Unterschied zu ihrem Vorgänger öffentlich zu einer Politik der Nachhaltigkeit bekannt und damit dazu beigetragen, dem schwer kommunizierbaren Prinzip größere Resonanz und politische Geltung zu verschaffen. Es wird in Zukunft entscheidend sein, dass dies nicht nur in dem engen Rahmen der der Nachhaltigkeitspolitik gegenüber offenen Community geschieht, sondern darüber hinaus die zentralen politischen Themenfelder öffentlich in diesen Kontext gestellt werden. Die Verankerung der Nachhaltigkeitspolitik muss bei den politischen Führungen beginnen.
  - Ein Ausbau der Arbeitsebene im Kanzleramt, gegebenenfalls durch eine eigene Arbeitseinheit, kann die Daueraufgabe einer inhaltlichen Koordination der Fachpolitiken verbessern. Damit soll keine direkte Intervention in die Ressortzuständigkeiten verbunden sein. Wohl aber entspricht es dem politischen Charakter der Nachhaltigkeit, dass – wie es in der Praxis bereits an wichtigen Punkten geschehen ist – eine zukunftsweisende Synthese und nicht der

kleinste gemeinsame Nenner der Ressorts unter weitgehender Ausklammerung der Differenzen zum Gegenstand der Diskussionen wird.

- Die enge Zusammenarbeit mir dem RNE kann, wie die Erfahrung zeigt, diese Rolle des Kanzleramtes unterstützen.

❖ Im **Staatssekretärsausschuss** werden die Ressortpolitiken koordiniert. Er hat bislang den Gesamtprozess gesteuert, Themen gesetzt und kontrovers gebliebene Fragen politisch entschieden. Er hat die Nachhaltigkeitspolitik bislang nicht kontinuierlich gesteuert. Eine Stärkung der koordinierenden Rolle des Kanzleramtes, die ihn zusammen mit der Ressortarbeitsgruppe vorbereitet, ist auch die Voraussetzung dafür, dass er eine echte politische Führungsrolle übernehmen kann.

- Er kann durch die Prüfung wichtiger politischer Vorhaben der Ressorts auf ihre Nachhaltigkeit die Politikintegration stärken. Erfahrungsgemäß ist die Ressortkonkurrenz nur durch eine fachliche Zusammenarbeit auf der unmittelbaren Arbeitsebene oder durch politische Entscheidungen der Führungsebene zu überwinden. Dies würde auch die Konsensbildung in der Ressortarbeitsgruppe Nachhaltigkeit erleichtern.
- Darüber hinaus kann er eine Diskussion der Politik der Ressorts einfordern und damit die Verankerung der NHS in den Ressortpolitiken stärken, da die Ressorts selbst dann ihre Politik nach Maßstäben der Nachhaltigkeit prüfen müssen. Eine solche politische Rechenschaftslegung kann sowohl *ex post*, was die Überprüfung der Umsetzung der vereinbarten Politik angeht, als auch *ex ante* hinsichtlich geplanter Vorhaben stattfinden.

❖ Die NHS spielt in den Fachpolitiken der **Ressorts** kaum eine Rolle. Die Arbeitseinheiten, die das Ressort in der Ressortarbeitsgruppe vertreten, haben fast ausschließlich eine koordinierende Rolle. Auch hier hängt der Stellenwert der NHS von der Unterstützung der politischen Leitungen ab. In keinem Falle wurde die Politik der Ressorts intern in Hinblick darauf geprüft, wie weit sie den Maßstäben der Nachhaltigkeit genügt. Vielmehr wurden in den Fortschrittsberichten die bestehenden Politiken lediglich in den Rahmen der NHS gestellt.

- Eine jährliche Darstellung wichtiger Vorhaben der Ressorts unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit ist hierzu ein erster Schritt. Die Formulierung von Nachhaltigkeitsstrategien der einzelnen Ressorts – wie in Großbritannien vorgesehen – können innerhalb der Ressorts einen weitergehenden Lernprozess auslösen.
- Projekte zur Nachhaltigkeitsperformance in den Ressorts können diesen Prozess bestärken.
- Der RNE kann auch hier eine Katalysatorfunktion ausüben, indem er in seinem Dialog mit den Ressorts nicht nur einzelne politische Probleme, sondern

die Orientierung der Politik insgesamt an der Strategie zum Thema macht.

3. **Mangelnde Bereitschaft zur Überprüfung der Politik und zur Öffnung gegenüber Kritik von außen**

- Kernelement der NHS ist ein Politikverständnis, das auf eine objektive Analyse der Problemlagen, quantifizierte Ziele, konkrete Maßnahmenkataloge und ein **Monitoring** anhand von quantitativen Indikatoren setzt. Damit soll nicht nur eine Erfolgskontrolle der Politik, sondern auch mehr Transparenz als Voraussetzung öffentlicher Diskussion und gesellschaftlicher Partizipation erreicht werden. Die politische Kultur in Deutschland ist stärker als in vielen anderen Ländern geprägt von großer Zurückhaltung der Regierung gegenüber einer konstruktiv-kritischen Prüfung ihrer Politik durch wissenschaftliche Experten und in einer öffentlichen Debatte. Unabhängige Verfahren und objektivierte Instrumente scheinen eher als Legitimationsproblem denn als Teil eines produktiven Lernprozesses begriffen zu werden.

  - Unter diesen Bedingungen kommt dem RNE die zentrale Rolle im gesellschaftlichen Dialog zu. Seine gesellschaftliche Verankerung und seine Unabhängigkeit machen ihn zum Motor der Weiterentwicklung der NHS. Die Konsultationsprozesse der Regierung selbst spielen demgegenüber zumeist nur eine untergeordnete Rolle. Ihr Einfluss auf die Fortschrittsberichte ist bislang gering.
  - Mit der Erstellung des zweijährlichen Indikatorenberichtes durch das Statistische Bundesamt ist die Darstellung der Faktengrundlage dem politischen Interpretationsprozess durch die Ressorts stärker entzogen worden. Damit wird der Gefahr einer Beschönigung von „unsustainable trends“ und einer Leugnung des Handlungsdrucks entgegen gewirkt. Mit der Einbeziehung seiner umweltökonomischen und sozialökonomischen Gesamtrechnungen wurde die Analyse der „unsustainable trends“ auf eine breitere Grundlage gestellt.
  - Die Nachhaltigkeitsindikatoren, die ja eine Überprüfung der realen Entwicklung und der Wirksamkeit der Politik leisten und den politischen Handlungsbedarf offen legen sollen, haben in der Vergangenheit aber keine erkennbare Rückwirkung auf die Politikformulierung gehabt. Da sie eines der wenigen Elemente der NHS darstellen, denen öffentliche Aufmerksamkeit zuteil wird, haben sie eine Funktion in den an den Themen interessierten politischen Debatte, nicht aber bei de Steuerung der Politik.

- Die **Berichterstattung** im Rahmen der NHS dient der Überprüfung der Wirksamkeit der Nachhaltigkeitspolitik, der Rechenschaftslegung nach außen und der Erweiterung der Nachhaltigkeitsagenda. Sie stellen die Weiterentwicklung der

Politik dar und setzen gegebenenfalls neue politische Akzente.

- Die Fortschrittsberichte werden von der Bundesregierung als eine Erfolgsbilanz der Politik begriffen. Sie unterliegen daher in starkem Maße politischen Interessen und Opportunitätserwägungen. Sie stellen einige Politikfelder, die im breiten Kontext der Nachhaltigkeit von Bedeutung sind, additiv und weitgehend unabhängig von der Gesamtstrategie dar. Defizite in der Umsetzung und Handlungsbedarf werden häufig ausgeklammert.
- Im Rahmen des zweijährlichen Beitrags Deutschlands zum Bericht der EU-Kommission muss auch über die Nachhaltigkeitspolitik der Länder und Kommunen berichtet werden. Dies kann zu einer intensiveren Kommunikation und Kooperation zwischen den föderalen Ebenen genutzt werden.
- Die Darstellung der Nachhaltigkeitspolitik hat Verlautbarungsstil und erlaubt es einem Nicht-Spezialisten nicht, sich ein konkretes, an seiner Lebenswelt anknüpfendes Bild von nachhaltiger Politik zu machen. Anfängliche Initiativen, „Leuchtturmprojekte“ zu entwickeln und darüber eine größere Breitenwirkung zu erzielen, sind nicht weitergeführt worden. „Nachhaltigkeit“ bleibt so abstrakt und blutleer. Der RNE fängt diese durch seine Konferenzen und Projekte teilweise auf.
- Eine Reform der Berichterstattung muss zwischen den verschiedenen Adressaten und Funktionen durch die Erstellung unterschiedlicherProdukte differenzieren. Die Trennung zwischen einer „unabhängigen“ Darstellung der Entwicklungstrends und der Überprüfung der Wirksamkeit der Nachhaltigkeitspolitik einerseits und der Rechenschaftslegung durch der Bundesregierung andererseits kann die Glaubwürdigkeit der Berichterstattung erhöhen und zu einem kritischen gesellschaftlichen Dialog beitragen. Daneben bedarf es Publikationen für ein breiteres Publikum, in denen der Nachhaltigkeitskontext von politischen Einzelfragen deutlich gemacht wird.

- Politik, die nachhaltig sein will, muss ihre Ansätze einer systematischen **Nachhaltigkeitsprüfung** unterziehen, ob sie den gesetzten Maßstäben und Zielen auch gerecht wird. Hierfür kann man an den Erfahrungen mit bestehenden Regelungen zur Gesetzesfolgenabschätzung anknüpfen. Eine solche Prüfung kann *ex ante* oder *ex post* erfolgen. Sie muss in einem formalisierten Verfahren stattfinden, um objektivierbar zu sein und zur Routine werden zu können. Andererseits besteht die Gefahr, dass sie nur formal zur Bestätigung bereits gefällter politischen Entscheidungen gehandhabt wird. Solche Prüfungen können aber politische Abwägungsprozesse nicht ersetzen. Sie stehen vor dem Problem, dass sie sehr zeit- und arbeitsaufwendig sind und aufgrund des Verwaltungsaufwandes intern auf große Widerstände stoßen. Außerdem wird ihr Mehrwert gegenüber den üblichen Ressortabstimmungen und Verbändebeteiligungen, bei denen immer auch eine Kosten-Nutzen-Abwägung und eine Folgenabschätzung enthalten sind, bestritten.

- Der Anspruch, eine breite materielle Prüfung von relevanten Fragestellungen der Nachhaltigkeit durchführen zu können, bricht sich an dem umfassenden und wenig präzisen Charakter von Nachhaltigkeit. Die Herausforderung liegt hier in der inhaltlichen Reduktion der Fragestellungen für den Prüfprozess. Eine öffentliche Diskussion kann die Breite und Intensität des Prüfprozesses vergrößern.
- Eine flächendeckende Prüfung aller (wesentlichen) politischen Vorhaben (Rechtssetzungsvorhaben, Haushalt, Aktionspläne, Förderprogramme, Einzelmaßnahmen) sprengt die realen Möglichkeiten. Eine Vorprüfung bzw. gezielte Auswahl weniger Vorhaben ist unerlässlich. Eine zusätzliche politische Funktion einer NHP liegt in der politischen Sensibilisierung der Akteure und in der öffentlichen Wirkung. Zu einer gesellschaftlichen Verankerung und Profilierung des Leitbildes der Nachhaltigkeit können zentrale politische Vorhaben am ehesten beitragen.
- Die Einführung einer „Nachhaltigkeitsprüfung“ (NHP) hat als Anknüpfungspunkt das EU-Impact-Assessment, das eine Reihe von Fragestellungen vorgibt und von den Mitgliedstaaten eine Beteiligung im Rahmen der Entscheidungsfindung im Ministerrat verlangt. Die Arbeitshilfe der Bundesregierung kann hier als Grundlage dafür dienen, langfristig eine Nachhaltigkeitsprüfung in der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesregierung zu verankern.
- Innerhalb der Regierung muss die Durchführung einer NHP mit einer großen politischen Autorität verbunden sein (in Großbritannien zum Beispiel der Schatzkanzler), damit die Prüfung nicht lediglich Teil der normalen Kompromissbildung zwischen den Ressorts wird.
- Der Träger einer NHP muss aber nicht die Exekutive sein. Um der Gefahr einer Instrumentalisierung der NHP zur Selbstlegitimation der Regierung zu begegnen, kann in einem ersten Schritt das Parlament seine klassische kritische Rolle übernehmen und der NHP mehr politische Unabhängigkeit verleihen. Die Regierung müsste ihre Politik vor dem Parlament begründen und sich bereits in der Formulierung ihrer politischen Vorhaben darauf einstellen. Des Weiteren sind Prüfprozesse durch den RNE denkbar.
- Die Diskussion über die NHP hat in der letzten Zeit an Profil gewonnen. So hat sich der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung des Deutschen Bundestages ausführlich damit beschäftigt und zeigt daran großes Interesse. Mit dem Büro zur Technikfolgenabschätzung besitzt der Deutsche Bundestag hier bereits eine Infrastruktur, die genutzt werden könnte. Der Parlamentarische Beirat besitzt bereits eine Querschnittsfunktion.
- Die Durchführung einer NHP zu wenigen, politisch zentralen und für die öffentliche Kommunikation wichtigen Vorhaben durch den Parlamentarischen Beirat, die formeller Teil des parlamentarischen Verfahrens ist und bei der die Bundesregierung dem Parlament Rede und Antwort stehen muss, ist ein erster realistischer Schritt zur Verankerung des Leitbildes der Nachhaltigkeit in der Politik.

- Die nationalen Strategien der Mitgliedstaaten stehen im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie der Europäischen Union in einem direkten Zusammenhang. Die zweijährlichen Berichte der Europäischen Kommission nehmen die nationalen Berichte über die Umsetzung der europäischen Strategie auf und machen die nationalen Politiken vergleichbar. Außerdem hat die Kommission ein Programm zu einer wechselseitigen **Peer Review** der Mitgliedstaaten aufgelegt. Solche Prozesse der gegenseitigen Beratung und Kritik haben ein hohes Potential der gegenseitigen Befruchtung und des produktive Wettbewerbs.

  - Im Rahmen der Weiterentwicklung der NHS kann ein intensiver internationaler Austausch wichtige Impulse setzen. Durch die Zusammenarbeit mit anderen politischen Kulturen und den gemeinsamen Meinungsbildungsprozess unter den Peers aus verschiedenen Ländern wird es möglich, nationale Erfahrungen über Möglichkeiten und Grenzen der Nachhaltigkeitspolitik zu relativieren.
  - Außerdem, das zeigt die Erfahrung mit dem Peer Review-Prozess in den Niederlanden, kann eine politisch hochrangige Evaluierung von außen, die die Gesellschaft in ihre Beratung einbezieht, selbst eine Öffnung der Debatte und eine Aufwertung der Nachhaltigkeitsstrategie bewirken.

Zum Verfasser

Politologe, Dr. phil., nach Tätigkeiten an der Universität, im parlamentarisch-politischen Bereich und in der niedersächsischen Landesregierung ab 1999 Referatsleiter im Bundesumweltministerium. Ab 2003 im BMU für die NHS zuständig und Mitglied der Ressortarbeitsgruppe Nachhaltigkeit. Deutscher Vertreter im European Sustainable Development Network. Teilnahme an der Peer Review der niederländischen Nachhaltigkeitsstrategie. Seit Juli 2008 im vorgezogenen Ruhestand.